

Arbeitsplätze . . .

Fortsetzung von Seite 3

verspreche man sich von dieser Strategie einen Impuls für die Fertigungsstandorte besonders in NRW. Siemens wolle ferner die Kontakte mit den Hochschulen des Landes ausbauen. Jochimsen wies darauf hin, daß Gladbeck zusammen mit Bottrop und Dorsten übergeordneter Schwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sei und die Spitzenförderung erhalte. Errichtungen könnten mit bis zu 20 Prozent, Erweiterungen mit bis zu 15 Prozent gefördert werden. Weiter befaßte sich der Ausschuß mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 1982. In diese Beratungen wurde auch der Kabinettsbeschluß einbezogen, wonach das Land NRW für das Projekt „Durchlaufglühe Dortmund“ wie der Bund einen Zuschuß von 31 Millionen DM gewährt. Es werden hierzu Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 28 Millionen DM in den Haushalt 1982 aufgenommen, wovon 1983 und 1984 jeweils 12 Millionen DM und 1985 4 Millionen DM fällig werden. Die für 1982 vorgesehenen 3 Millionen DM sind im Haushalt 1982 bei den Zuschüssen für Maßnahmen im Stahlbereich veranschlagt. Der Ausschuß sprach sich im Hinblick auf die Bedeutung des Projektes für den Stahl und die Region Dortmund einvernehmlich für die Ergänzung des Haushalts 1982 aus.

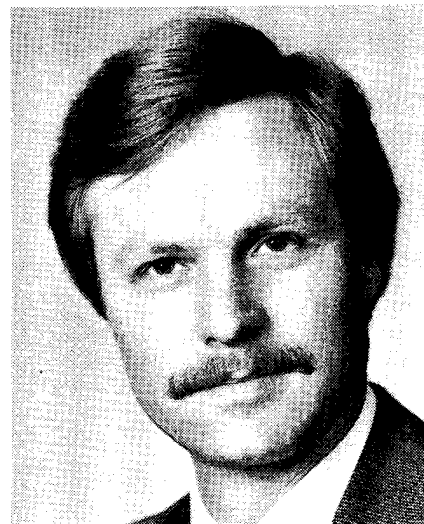
Zöpel kündigt . . .

Fortsetzung von Seite 11

Zahlen anderer Bundesländer liegt. Er wird auch 1983 stabilisierende Wirkungen für die Baukonjunktur haben“, sagte Zöpel.

Der Minister ging unter Bezug auf aktuelle wohnungspolitische Fragen ferner auf die Beibehaltung der Mietpreisbindung bei Sozialwohnungen ein. Nach den Bestimmungen des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes entfalle mit Wirkung vom 1. Januar 1983 die Mietpreisbindung von Sozialwohnungen sechs Monate nach Rückzahlung der öffentlichen Mittel, sofern die Wohnung in einer Gemeinde mit weniger als 200000 Einwohnern liege. Die Landesregierungen könnten jedoch von dieser Vorschrift solche Gemeinden ausnehmen, bei denen die Kostenmieten der überwiegenden Zahl der öffentlich geförderten Mietwohnungen die ortsüblichen Mieten vergleichbarer frei finanzierter Mietwohnungen erheblich unterschritten. Zöpel: „Dafür kommen zunächst die Gemeinden unter 200000 Einwohnern in Betracht, die mit Großstädten über 300000 Einwohnern einen zusammenhängenden Wirtschaftsraum bilden und bei denen ein erheblicher Mietpreisunterschied im Rahmen der zum Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen durchgeführt und bereits abgeschlossenen Untersuchung festgestellt worden ist.“ Bei den übrigen Gemeinden werde gegenwärtig untersucht, inwieweit ein erheblicher Mietpreisunterschied zwischen Sozialwohnungen und den nicht preisgebundenen Wohnungen bestehe. Die Verordnung werde rechtzeitig erlassen, so daß sie zum Stichtag 1. Januar 1983 in Kraft treten könne.

Porträt der Woche



Peter-Olaf Hoffmann (CDU)

Er ist zwar erst zweieinhalb Jahre Mitglied des nordrhein-westfälischen Parlaments, doch nicht mehr wegzudenken aus der Führungsgruppe seiner Fraktion: Peter-Olaf Hoffmann, Schulpolizist, Experte der Opposition und Obmann des CDU-Arbeitskreises für Schule und Weiterbildung. Die Wahl des schlanken, unauffälligen Juristen in diese wichtige Funktion verlief nicht ohne Widerstände, da die „Lehrergewerkschaft“ der CDU sich eine Zeitlang gegen den Neuling aus einem anderen akademischen Bereich sperrte. Doch der 35 Jahre alte ehemalige Richter für Patent-, Zivil- und Strafrecht in Düsseldorf hat längst durch Fleiß, Sachkunde und Detailkenntnisse bewiesen, daß er eine gute Wahl war und gerade als Jurist befähigt ist, die immer stärkere Verrechtlichung der Schulpolitik kritisch zu beobachten. Außerdem hat der Vater zweier Kinder, von denen eins bereits schulpflichtig ist, durch seine Frau, die als Grundschullehrerin in Dormagen arbeitet, nicht nur theoretischen Kontakt zur Praxis der Schulsituation an Rhein und Ruhr.

Der Weg des im schleswig-holsteinischen Badeort St. Peter-Ording geborenen Peter-Olaf Hoffmann in die Christlich-Demokratische Partei Deutschlands begann in Freiburg. Dort erlebte der junge Jurastudent 1967 vor der Halle des F.D.P.-Parteitag hitzige Diskussionen zwischen den F.D.P.-Politikern Hamm-Brücher und Professor Dahrendorf mit dem damaligen Führer der außerparlamentarischen Opposition, Rudi Dutschke. Die Demonstration gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik, die Diffamierung der sozialen Marktwirtschaft und die Ablehnung der demokratischen Grundüberzeugungen in jenen Jahren wurden für Hoffmann zum Schlüsselerlebnis. Ihm wurde klar, daß er unser staatliches System nur in einer demokratischen Partei aktiv verteidigen konnte und entschied sich für ein persönliches Engagement. Doch der Sohn eines Richters legte auch Wert auf seine Unabhängigkeit von den Wechselfällen der Politik und beendete erst sein Studium und seine Referendarausbildung, bevor er im Jahr seines zweiten juristischen Staatsexamens 1974 in seiner neuen Heimat Dormagen Mitglied der CDU wurde.

Die Wirren der kommunalen Neugliederung führten ihn bereits ein Jahr später in den Rat der neuen Stadt Dormagen, wo er bereits ein Jahr später Vorsitzender der CDU-Fraktion und 1979 für ein Jahr Bürgermeister wurde, bevor eine Koalition von SPD und Zentrum dieses Amt neu besetzte. Hoffmann verteidigte

erfolgreich in der Landtagswahl 1980 den CDU-Wahlkreis und konnte trotz der ungünstigen damaligen Stimmung das Stimmresultat noch ausbauen. Der Neuling im Düsseldorfer Parlament sah seine erste Priorität in der Schulpolitik, nachdem er zwei Jahre zuvor bei seinem Einsatz im gewonnenen Volksbegehren gegen die „Kooperative Schule“ die gesellschaftliche Bedeutung der Bildungspolitik „an der Front“ kennengelernt hatte. Seine Fraktion, in der vor allem der heutige Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose zum Mentor des jungen Abgeordneten wurde, entsprach dem Wunsch. Hoffmann wurde Mitglied im Ausschuß für Schule und Weiterbildung, wurde in den Hauptausschuß entsandt und als stellvertretendes Mitglied im Justizausschuß bestimmt.

Für den passionierten Briefmarkensammler gilt es als Hauptaufgabe, das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Lehr- und Lerninhalte zu schärfen. Auch eine Überprüfung der Stufenlehrerausbildung hält Hoffmann für dringend erforderlich, da es der SPD trotz ihrer absoluten Mehrheit nicht gelungen sei, die Gesamtschule zur alleinigen Regelschule zu machen. Besonders aber am Herzen liegt ihm die nach seiner Meinung von der Regierung Rau „stiefmütterlich“ behandelte Hauptschule mit ihrem hohen Anteil an ausländischen Kindern. Der schulpolitische Obmann der CDU setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, mehr deutsche Lehrer dafür zu gewinnen, die Sprache ihrer ausländischen Schüler zu lernen. Auch der Reform der gymnasialen Oberstufe steht er kritisch gegenüber. Hoffmann fordert einen strengeren Fächerkanon, der die Schüler nicht unterfordert. In der Öffentlichkeit wirbt er akzentuiert für die Änderung des Schulmitwirkungsgesetzes, das in seiner jetzigen Form der Schule, den Eltern und Lehrern nur mehr Bürokratie und weniger Entscheidungsmöglichkeiten gebracht habe. Helmut Breuer